



Yegor Balazeikin und seine Mutter im November 2023 bei einer Gerichtsverhandlung in Sankt Petersburg  
Foto: Olga Maltseva/afp

seine Mutter. Wichtige Gerichtsunterlagen, die Yegor zugestellt werden sollten, seien auf dem Postweg verschollen. Dies wirke sich auch auf ihr Besuchsrecht aus – vorerst dürften sie ihn nun nicht mehr besuchen, sagt sie.

Weder Yegor noch seine Familie waren vor dem Angriffskrieg gegen die Ukraine politisch bewandert, sie zählten sogar noch bis zum Tod des Onkels eher zu den Putin-Unterstützer:innen. „Es ist unsere Schuld, dass wir uns nicht wirklich für Politik interessiert haben“, sagt Tatiana Balazeikina. „Wir wussten nur, dass es einen Krieg zwischen unserem Land und unserem Nachbarland gab. Das war alles. Wir wussten auch nichts von den Repressionen in Russland.“ Balazeikina hat sich inzwischen mit anderen betroffenen Familien von politischen Gefangenen vernetzt. Auch ihr Leben hat sich seit der Verhaftung ihres Sohns grundlegend gewandelt.

Nach Yegors Verhaftung sagten ihm die Polizisten, er solle bei den Ermittlungen nicht über den Krieg sprechen – so könne er freigesprochen werden. Yegor blieb bei seiner Meinung. Beamte des russischen Geheimdienstes FSB drohten ihm überdies, er würde in der Untersuchungshaftanstalt vergewaltigt und in eine psychiatrische Klinik gebracht werden. Doch Yegor sagte: „Mach mit mir, was du willst, ich werde meine Meinung nicht ändern.“ So erzählen es zumindest seine Unterstützer:innen auf einem Telegram-Kanal. Gegenüber den Staatsanwälten gab er zum Tatmotiv zu Protokoll: „Ich bin mit dem Einmarsch Russlands in die Ukraine nicht einverstanden. Deshalb begann ich, mit Menschen in meiner Umgebung zu sprechen, um Informationen über das Büro für die Registrierung und Einberufung zum Militär zu sammeln. Ich erkannte, dass die Gespräche nutzlos waren, und beschloss, dass etwas getan werden musste, um die Situation zu ändern.“

Auch wenn Balazeikina sich kämpferisch gibt, weiß sie, wie es Kriegsgegner:innen in ihrem Land derzeit ergeht. „Es gibt keine Menschenrechtsorganisation, die in Russland zugelassen ist und sich um diese Fälle kümmern kann“, sagt sie und spielt vor allem auf das Verbot der NGO Memorial Ende 2021 an.

So ist es vor allem ein Satz, der ihre Situation umfassend beschreibt: „Wir warten auf die besseren Tage.“ Mutige Menschen wie ihr Sohn könnten dazu beitragen, dass diese Hoffnung etwas realistischer wird.

## Widerstand aus Menschlichkeit

In Russland ist der 17-jährige Yegor Balazeikin zu sechs Jahren Straflager verurteilt worden, weil er Molotowcocktails auf zwei Militärrekrutierungszentren geworfen hat. Als überzeugter Kriegsgegner will er seine Taten nicht öffentlich bereuen

Von Jens Uthoff

**B**is vor Kurzem wäre es für Tatiana Balazeikina undenkbar gewesen, öffentlich über Politik zu sprechen, geschweige denn über den Krieg in der Ukraine. „Wir dachten lange, Politik ist nichts für uns“, sagt die 45-jährige Russin, die mit ihrer Familie in Otradnoye nahe St. Petersburg wohnt. „Wir hatten andere Dinge im Kopf: unserer Haus, unsere Arbeit, unsere Familie. Ich glaube, vielen Menschen in Russland geht es so.“

Es war ihr Sohn Yegor, der Zweifel an dem russischen Regime in ihr Haus trug. Nachdem sein Onkel an der Front in der Ukraine gestorben war, begann Yegor sich über den Krieg und die russische Propaganda bei unabhängigen Medien wie *Meduza* zu informieren. „Mein Sohn sagte zu uns, es sei nicht mehr die Zeit, sich herauszuhalten und keine politische Meinung zu haben.“ Yegor wurde zum überzeugten Kriegsgegner.

Tatiana Balazeikina sitzt an einem Morgen im April in ihrem

Haus in Otradnoye vor dem Laptop, hinter ihr steht ein Ikea-Regal voller Hefte und Unterlagen. Sie trägt kurzes, graues Haar, eine ovale Hornbrille. Balazeikina spricht fließend Englisch, sie unterrichtet die Sprache in Russland.

Ihr Sohn Yegor ist inzwischen nicht mehr bei ihr. Er ist im Februar 2023 verhaftet worden, gerade einmal 16 Jahre alt war er da. Yegor hat damals in zwei Nächten selbst gebaute Molotowcocktails auf Militärrekrutierungszentren in Kirowsk und St. Petersburg geworfen.

Beim zweiten Mal, am 28. Februar 2023, erwischte ihn die Polizei. Im Gebäude des Militärs hielt sich zum Zeitpunkt des Anschlags niemand auf, nur ein Sicherheitsmann befand sich außerhalb des Zentrums. Balazeikin erklärte, er habe bis 22 Uhr gewartet, um sicherzustellen, dass keine Personen zu Schaden kommen.

Die Attacke scheiterte ohnehin, sein Brandsatz erzeugte nur einige Stichflammen. Bei beiden Anschlägen kamen we-

der Gebäude noch Personen zu Schaden.

Yegor Balazeikin ist im November zu sechs Jahren Haft verurteilt worden, er sitzt nun in einer Strafkolonie ein. Mit nunmehr 17 Jahren zählt er zu den jüngsten politischen Gefangenen in Russland. Seit Mitte Mai führt ihn Russland zudem auf der Liste der Terroristen und Extremisten. „Er verliert damit grundlegende Bürgerrechte und wird auch dann noch Probleme bekommen, wenn er einmal freigelassen wird“, sagt seine Mutter. Laut Amnesty International werden Personen auf der Liste Finanzdienstleistungen und Sozialhilfe verwehrt, ohne dass ein Gerichtsbeschluss nötig ist. Ende Dezember 2023 umfasste die „Liste der Terroristen und Extremisten“ des russischen Finanzüberwachungsdienstes laut Amnesty 13.647 Personen, von denen 11.286 als „Terroristen“ bezeichnet wurden. 13 Prozent davon waren Frauen, 106 Personen unter 18 Jahre alt.

Insgesamt sind Militärrekrutierungszentren in Russland seit

Beginn des russischen Angriffskrieges schon über zweihundert Mal Ziel von versuchten Brandanschlägen gewesen. Mehr als 40 Tatverdächtige wurden wie Yegor wegen Terrorismus beschuldigt.

In zweiter Instanz ist das Urteil gegen Yegor Anfang April bestätigt worden, doch Tatiana Balazeikina kämpft weiter. „Wir gehen nun in die nächsthöhere Instanz.“ Yegor wird dabei von der Anwältin Darya Koltsova vertreten. Balazeikina kann ihren Sohn zweimal im Monat besuchen, sie können mehrmals in der Woche telefonieren, sich Briefe schreiben. Die taz hat – über seine Mutter – auch einige Fragen an Yegor gerichtet. In seinen Antworten wirkt er sehr abgeklärt und entschlossen: „Ich wollte mit meinen Aktionen kein Zeichen setzen, ich habe es nur für mich selbst getan. Ich wollte menschlich bleiben, ich will weiter in den Spiegel blicken können und nicht zu denen gehören, die den Krieg unterstützen.“ Das harte Urteil überrasche ihn nicht, „ich habe

kein faires Verfahren erwartet.“ Zu konkreten politischen Fragen will er sich jetzt nicht mehr äußern, das sei in seiner aktuellen Situation zu gefährlich.

Yegor ist ein außergewöhnlicher Jugendlicher. Er interessierte sich früh für Geisteswissenschaften, insbesondere für Geschichte und Sozialwissenschaften. Zum Zeitpunkt seiner Verhaftung besucht er eine Schule, die ihn auf ein Studium vorbereiten sollte. In seiner Freizeit war Karate seine Lieblingsbeschäftigung, er hat in dieser Sportart zahlreiche Pokale nach Hause gebracht. Seit der Krankheit leidet Yegor unter Autoimmunhepatitis, bei dieser Krankheit greift das Immunsystem die eigenen Leberzellen an. Im Gefängnis bekommt er laut seiner Mutter nur die medizinische Grundversorgung, aber nicht die nötigen Zusatzuntersuchungen, um den Verlauf der Krankheit zu überwachen. Mitte Juni konnte Yegor in einem Krankenhaus untersucht werden. „Seine Werte waren nicht gut, seine Krankheit schreitet voran“, sagt

### Stadtgespräch Jürgen Vogt aus Buenos Aires



*In Buenos Aires werden selbst bei Regen die Gehwege mit Trinkwasser gereinigt. Doch jetzt streicht Präsident Javier Milei die Subventionen*

Ich habe mich oft gefragt, ob meine Hündin Pinky es eigentlich gut findet, das unser Gassirundweg jeden Morgen frisch gewaschen ist. Schließlich gehört für sie das Schnüffeln an allen Ecken und Bäumen ebenso dazu wie das Pipi- und Häufchenmachen. Was aber, wenn es nach Putzmittel riecht und nicht nach den Duftnoten der Nachbarhunde? Jeden Morgen spülen die Hausmeister\*innen mit einem kräftigen Strahl aus dem Schlauch die Gehwege, auch wenn es gerade regnet. Die verbrauchte Wassermenge entspricht gefühlt dem Tagesbedarf einer mittleren Kleinstadt. Das kann bald ein Ende haben. Denn die Wasserpreise wurden verdreifacht.

Wasserzähler sind in Buenos Aires eher die Ausnahme. Der Wasserverbrauch wird pauschal berechnet. Es wird geschätzt, wie viel Wasser in einem Haus oder Gebäude benötigt wird, und dieses wird anteilig auf die einzelnen Mietparteien eines Hauses umgelegt. Dabei spielt es keine Rolle, ob nur einmal der Wasserhahn

aufgedreht, oder der Swimmingpool täglich neu gefüllt wird. Vor einigen Jahren bot die Stadtverwaltung an, kostenlos Wasserzähler zu installieren. Bei der nächsten Hauserversammlung bin ich mit einem entsprechenden Vorschlag dann allerdings kläglich gescheitert. „Nein, besser nicht, sonst zahlen wir am Ende noch mehr“, hieß es damals.

Nur einmal habe ich einen Hausmeister gefragt, ob ihm bewusst sei, welche Unmengen Wasser er jeden Morgen für das Abspülen der Gehwegplatten verbraucht. „Der Rio de la Plata ist voll davon“, war seine Antwort. Aber ob er auch an den Stromverbrauch denke, der anfällt, bis das Flusswasser als Trinkwasser aus dem Wasserschlauch komme? Die Antwort war ein Gesichtsausdruck, der zwischen fragend und gereizt pendelte. Seitdem machen Pinky und ich einen kleinen Bogen um seine Spritzzone.

Pinky begrüßt schwanzwedelnd den Boxer-Rüden aus der Parallelstraße. Schnell ist man beim Thema Wasserpreise. Er zahlte jetzt

21.000 Peso im Monat statt wie bisher 7.000, sagt das Boxer-Herrchen, das sich immer und sofort als Milei-Anhänger outet. Gut sei es, dass der Präsident consequent den Subventionssahn zugedreht habe. „Alle seine Vorgänger haben gekniffen, auch Cristina Kirchner“, sagt er.

Seit der großen Krise von 2001 werden die Tarife für Wasser, Gas und Strom mit staatlicher Finanzhilfe niedrig gehalten. Was damals als vorübergehende soziale Maßnahme gedacht war, hat sich im Laufe der Jahre zu einem Fass ohne Boden entwickelt. Alle Versuche, dies zu ändern, blieben halbherzig oder scheiterten. Für Generationen von Argentinier\*innen kommen Wasser, Gas und Strom billig subventioniert aus der Leitung. Wasser- oder Energiesparen gehört nur bei den wenigsten zum Wortschatz, wenn es um das Klagen über höhere Tarife geht.

„Milei hat mit Umweltschutz nichts am Hut“, gibt das Boxer-Herrchen zu. „Der streicht die Subventionen nur, weil das Defizit im Staatshaushalt weg soll.“ Der Ne-

benefekt sei aber, dass jetzt zwar alle über die steigenden Tarife jammern, aber erstmals auch ihren eigenen Verbrauch überdenken würden. „Wie vielen ist es egal, ob der Wasserhahn tropft? Wie viele gehen aus dem Haus und lassen die Klimaanlage voll aufgedreht?“ fragt er.

Pinky hat jetzt Reina gesichtet und zerrt an der Leine. Reina ist die Colie-Hündin, die vor ein paar Monaten aus Rosario zugezogen ist. Ihr Frauchen erzählt, dass die Bürgersteige in Rosario schon lange nicht mehr so gründlich gereinigt werden. Das Wasser ist dort schon lange viel teurer als in der Hauptstadt, obwohl Rosario ja direkt am Rio Paraná liegt. Sie war überrascht, wie billig alles hier bisher war.

Das gilt auch für die Strom- und Gastarife und die Fahrpreise der öffentlichen Verkehrsmittel, die im ganzen Land seit Jahren viel weniger oder gar nicht mehr subventioniert werden, meint sie. Die Hauptstädter dürften sich nicht wundern, wenn es keine Solidarität aus anderen Städten gebe.